

Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzungsbüro:

Beschluss-Nr.: G-30-158/21

Aktenzeichen:

Amt: Bauen

Datum: 25.10.2021

Version: 1

zu behandeln in:

öffentlicher Sitzung

nicht öffentl. Sitzung

X

Betreff: 8. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Golzow -
Aufstellungsbeschluss

Kurzinfo zum Beschluss

Finanzielle Auswirkungen: Nein

Gesamtkosten: € Jährliche Folgekosten: €

Finanzierung Objektbezogene
Eigenanteil: € Einnahmen: €

Haushaltsbelastung: €

Veranschlagung: **Nein** mit €

Produktkonto: FinanzH: ErgebnisH:

geprüft und bestätigt:

Unterschrift Kämmerer

geprüft und bestätigt:

Amtsleiter

Amtsdirektor

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen
GV	1						

☐ Weitere Beratungsfolgen auf der 2. Seite

Unterschrift / Datum:

Vorsitzender der GV

Beschluss-Nr.: G-30-158/21

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

Beschlusstext:

Die Gemeindevertretung Golzow beschließt:

1. Gemäß § 2 BauGB wird der Flächennutzungsplan der Gemeinde Golzow geändert.
2. Das Vorhaben trägt die Bezeichnung: „8. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Golzow“.
3. Die 8. Änderung erfolgt im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans „Freiflächen-PVA Golzow“.
4. Das Planungsziel ist die Ausweisung eines Sondergebietes für die Gewinnung von Solarstrom. Durch dieses Sondergebiet sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für den Bebauungsplan geschaffen werden.
5. Das Plangebiet umfasst eine ca. 98 ha große Fläche in der Flur 4 und 5, Gemarkung Golzow und ist der Kartendarstellung zu entnehmen.
6. Für die Durchführung des Verfahrens schließt die Gemeinde Golzow einen städtebaulichen Vertrag mit der Vorhabenträgerin. Der Gemeinde entstehen keine Kosten.
7. Der Beschluss wird gemäß Hauptsatzung der Gemeinde Golzow öffentlich bekannt gemacht.

Unterschrift / Datum:

Vorsitzender der GV

Begründung

Die Vorhabenträgerin Solarkraftwerk Planetal Golzow GmbH & Co. KG, Brandenburger Str. 22, 14778 Golzow beabsichtigt die Errichtung und den Betrieb einer Freiflächenphotovoltaikanlage (PVA) mit einer Leistung von ca. 100 MWp. Die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Zulässigkeit des Vorhabens können nur durch einen Bebauungsplan hergestellt werden.

Die betroffenen Flurstücke sind im wirksamen Flächennutzungsplan (FNP) vom 18. Dezember 2000 als „Flächen für die Landwirtschaft“ dargestellt. Der Bebauungsplan wäre nicht aus dem FNP entwickelbar und könnte somit keine Rechtsverbindlichkeit entfalten. Der FNP wird daher im Parallelverfahren zum Bebauungsplan geändert. Für die besagte Fläche wird ein Sondergebiet (SO) für Photovoltaikanlagen festgesetzt.